

Adressen / 29

1/1992

Generalsekretär Volker Rühle:

Wir müssen als Partei „fit“ bleiben

Mit den besten Wünschen für das Jahr 1992 hat Generalsekretär Volker Rühle in einem Brief an die Landes-, Bezirks- und Kreisverbände seinen Dank für das vielfältige Engagement verbunden, das im zurückliegenden Jahr „im Einsatz für unsere gemeinsamen Ziele“ erbracht worden ist. Weiter heißt es in diesem Brief an die Parteifreunde:

Das „Jahr 1“ der deutschen Einheit zählte gewiß zu den schwierigsten, die in der Geschichte der CDU bisher zu bewältigen waren. Als größte Regierungspartei haben wir auch die größte Last getragen, wenn es darum ging, schwierige Entscheidungen zu fällen und vor den Bürgern zu vertreten. Der Dresdner Parteitag Ende letzten Jahres bot Gelegenheit, eine offene und kritische Zwischenbilanz des deutschen Einigungsprozesses zu ziehen. Die CDU kann zu Recht stolz sein auf das, was in diesem Jahr geleistet worden ist. Wir gewinnen daraus das notwendige Selbstbewußtsein und Vertrauen in unsere Leistungskraft, um auch künftig in schwierigen Zeiten Kurs halten zu können.

Wir werden uns in diesem neuen Jahr nicht selbstzufrieden zurücklehnen. Wir müssen als Partei „fit“ bleiben und die Voraussetzungen erarbeiten, die notwendig sind, um die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen zu können. Folgende inhaltliche Schwerpunkte werden unsere Arbeit im Jahr 1992 bestimmen:

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Europa

Generalsekretär Volker Rühle: Vorbehaltlos für Menschenrechte und Selbstbestimmung in ganz Europa. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kroatien und Slowenien. Seite 10

● Lagebericht

Wolfgang Schäuble: Die Union muß endlich wissen, woran sie mit Engholm ist. Seite 12

● Dokumentation

Sonstige Beschlüsse des 2. Parteitags der CDU Deutschlands in Dresden. Grüner Teil

Helmut Kohl:

Herausforderungen und Prioritäten der Regierungspolitik für 1992. Der Bundeskanzler vor der Bundespressekonferenz in Bonn. Seite 5—9

(Fortsetzung von Seite 1)

1. Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands bleibt zentrale politische Aufgabe. Die Wähler werden uns 1994 — übrigens nicht nur in den neuen Bundesländern! — daran messen, wie erfolgreich wir diesen Prozeß gestaltet haben. Wir müssen vor allem eine gemeinsame politische Tagesordnung für das vereinte Deutschland entwickeln und die Prioritäten unserer Politik neu festlegen.

2. Angesichts eines tiefgreifenden Wandels in Europa und weltweit, aber auch angesichts der größeren Verantwortung, die das vereinte und souveräne Deutschland zu tragen hat, müssen wir die internationale Politik wieder stärker in das Zentrum unserer Arbeit rücken. Im Jahr 1992 soll vor allem die Europapolitik im Vordergrund stehen. Es gilt, die Beschlüsse von Maastricht zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion umzusetzen und zu erläutern. Bedenken und Sorgen — insbesondere im Hinblick auf die Stabilität der DM — müssen aufgearbeitet werden. Die bevorstehende Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes zum 1. 1. 1993 macht in diesem Jahr eine intensive und längerfristig angelegte Phase der politischen Kommunikation mit den Bürgern erforderlich. Wir müssen unseren Kompetenzvorsprung als die führende deutsche Europapartei erhalten und ausbauen. Deshalb werden wir in diesem Jahr eine breit angelegte Europa-Kampagne durchführen.

3. In unserem Wahlprogramm haben wir gefordert: „Die 90er Jahre müssen das Jahrzehnt eines weltweiten ökologischen Aufbruchs werden.“ Diese Programmatik muß jetzt umgesetzt werden. Die CDU hat als erste und bisher einzige Partei deutschlandweit ein Netz von Umweltbeauftragten aufgebaut. Ihre Arbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag, die Erfolge unserer Umweltpolitik mit dem politischen Kompetenzprofil der CDU zu verbinden. Ich bitte insbesondere die Kreisverbände, die erfolgreiche Arbeit der Umweltbeauftragten auch in diesem Jahr nach Kräften zu unterstützen. Die Bundespartei wird dazu beitragen durch die Herausgabe von Informationsmaterialien und die Durchführung einer weiteren bundesweiten Konferenz unserer Umweltbeauftragten.

4. Der Dresdner Parteitag hat beschlossen, in diesem Jahr zwei weitere Themen intensiv zu bearbeiten:

- Angesichts geänderter Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa müssen wir unsere Landwirtschaftspolitik so ausrichten, daß sie den neuen Gegebenheiten gerecht wird.
- Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern hat unserem alten Anliegen neue Aktualität verliehen, zu einer breiteren Vermögensbildung insbesondere in Arbeitnehmerhand zu kommen.

Der Bundesvorstand wird zu beiden Themen je eine Kommission einsetzen; diese werden noch im Laufe dieses Jahres ihre

Hinweis:

Mit Rücksicht auf den Datenschutz im Postwesen bitten wir unsere Abonnenten um Einverständnis damit, daß die Deutsche Bundespost POSTDIENST Adressenänderungen von Beziehern an den Verlag weitergibt. Diese Weitergabe stellt sicher, daß die Verschickung des UiD nicht unterbrochen wird. — Das Einverständnis wird vorausgesetzt, wenn der Abonnent nicht innerhalb eines Monats widersprochen hat.

Stabiles Stimmungshoch über Deutschland

Die Deutschen beginnen das neue Jahr mehrheitlich mit guten Hoffnungen. Auf die traditionelle Allensbacher Neujahrsfrage, die seit 1949 regelmäßig zum Ende eines Jahres gestellt wird: „Sehen Sie dem nächsten Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“, betonten jetzt Ende 1991 — auf das Jahr 1992 vorausblickend — 56 Prozent, daß sie persönlich optimistisch seien. Nur 15 Prozent äußerten Befürchtungen; 21 Prozent ließen Skepsis erkennen.

Besonders in Ostdeutschland zeigen die Allensbacher Daten, daß der Opti-

mismus in den zurückliegenden Monaten seit der Vereinigung niemals größer war als zur Zeit. 58 Prozent der Bevölkerung in den neuen Bundesländern sehen den kommenden zwölf Monaten hoffnungsvoll entgegen.

Während Ende letzten Jahres die Westdeutschen den Ostdeutschen noch mit 57 gegen 50 Prozent stimmungsmäßig den Rang abliefern, hat sich das Bild inzwischen sanft zugunsten der Ostdeutschen gewandelt. In den alten Bundesländern zeigten sich Ende November 55 Prozent, Mitte Dezember 54 Prozent hoffnungsvoll.

Vorschläge für eine politische Konzeption vorlegen, die dann auch in den Gliederungen der Partei diskutiert werden sollen.

5. Die Kommission zur Fortschreibung des Grundsatzprogramms von 1978 wird ihre Arbeit mit dem Ziel fortsetzen, bis Jahresende einen Entwurf vorzulegen, der dann zur Diskussion in die Partei gehen soll. Für diese Diskussion soll den Gliederungen viel Zeit zur Verfügung stehen. Ein Parteitag im Frühjahr 1994 soll über ein erneuertes Grundsatzprogramm Beschluß fassen.

In diesem Jahr stehen wichtige Wahlen in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Berlin an. Wir alle wollen mithelfen, daß unsere Freunde in diesen Ländern Erfolg haben.

Schon heute richten sich unsere Überlegungen und Planungen an dem „Super-Wahljahr 1994“ aus, wenn neben zahlreichen Kommunal- und Landtagswahlen auch die Europa- und die Bundestagswahlen anstehen. Dieses Jahr 1994 wird unsere Kräfte in erheblichem Maße for-

dern, und wir müssen rechtzeitig beginnen, uns darauf umfassend vorzubereiten.

Wir werden im Jahr 1992 eine Offensive der Parteiarbeit starten, um Defizite in unseren Strukturen und in unserer Arbeitsweise zu beseitigen.

Alle Verantwortlichen in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden bitte ich sehr nachdrücklich, sich der politischen Führungsaufgabe zu stellen, insbesondere mehr Frauen und mehr junge Menschen für ein Engagement in der CDU zu gewinnen. Dies wird nur möglich sein, wenn Frauen und jungen Menschen mehr Möglichkeiten geboten werden, in der CDU Verantwortung zu übernehmen. Jeder Vorstand sollte dieses Anliegen in seine Überlegungen für die Arbeit dieses Jahres einbeziehen. Eine Mitgliederwerbeaktion wird im laufenden Jahr für jede Gliederung der CDU unumgänglich sein.

In den neuen Landesverbänden muß der organisatorische Umbau weitergeführt werden, den zu unterstützen auch im

Interesse der westlichen Landesverbände liegt. Ich appelliere an alle: Helfen Sie mit, daß der Aufbau in den neuen Landesverbänden gelingen kann! Wir sind eine CDU, und nur wenn alle Gliederungen in der Lage sind, erfolgreich zu arbeiten, wird auch die CDU insgesamt Erfolg haben. Unser Ziel ist es, daß die neuen Landesverbände die Wahlkämpfe des Jahres 1994 aus eigener Kraft führen können.

Entscheidende Voraussetzung für ein gutes Wahlergebnis wird aber auch sein, daß der Prozeß der inneren Erneuerung konsequent fortgesetzt wird. Nur eine offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der CDU in der ehemaligen DDR verschafft uns Glaubwürdigkeit in den Augen der Wähler und sichert damit die künftige Mehrheitsfähigkeit der CDU in den neuen Ländern. In den Diskussionen, die im vergangenen Jahr geführt worden sind, haben wir bereits viel erreicht; anderen Parteien steht diese unumgängliche Auseinandersetzung noch bevor. Das Vertrauen der Bürger werden

diejenigen gewinnen, die sich vorbehaltlos ihrer Geschichte stellen.

Liebe Freunde, wir wollen das Jahr 1992 dazu nutzen, unsere Arbeitsweise, aber auch unsere Denkweise zu überprüfen. Es gilt, das Gespräch mit möglichst vielen Bürgern und die geistige Auseinandersetzung auch mit Menschen und Gruppen außerhalb der CDU zu suchen. Gefordert sind von uns Offenheit und Pluralität. Die CDU muß eine diskussionsfreudige und im guten Sinne streitbare Partei sein, die die Fragen der Bürger aufgreift und in einer Zeit des Wandels neue Antworten auf neue Herausforderungen gibt.

In dem jetzt begonnenen Jahr haben wir die Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit der CDU zu erarbeiten. Wir wollen 1994 Anerkennung für die von uns geleistete Arbeit in Deutschland. Wir kämpfen aber vor allem auch um ein Mandat für die Gestaltung der Zukunft.

Ich bitte Sie sehr herzlich: Helfen Sie mit, daß wir diese Arbeit erfolgreich bewältigen! ■

Arbeitsmarkt weiter uneinheitlich

Mit einer kräftigen Zunahme der Beschäftigung sowie einer deutlichen Abnahme der Arbeitslosigkeit hat sich im bisherigen Bundesgebiet die Besserung auf dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr fortgesetzt.

In den neuen Ländern konnten die Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels durch die vielfältigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit Erfolg gemildert werden.

Der Beschäftigungsboom in den alten Ländern dauerte, wenn auch in abgeschwächter Form, zum Jahresende an. Im November lag die Zahl der

Erwerbstätigen bei 29,530 Millionen; gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ist das ein Plus von 597.000. Im Durchschnitt des letzten Jahres hat die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu 1990 um 194.000 auf 1,689 Millionen abgenommen und lag damit erstmals wieder unter 1,7 Millionen.

In den neuen Ländern ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor von den Auswirkungen der wirtschaftlichen Umstrukturierung gekennzeichnet. Im Durchschnitt des letzten Jahres lag die Zahl der Arbeitslosen bei 912.800 und die der Kurzarbeiter bei 1,616 Millionen.

Herausforderungen und Prioritäten der Regierungspolitik für 1992

Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor der Bundespressekonferenz in Bonn am 10. Januar 1992 folgende einleitende Erklärung abgegeben:

Wir wissen aus Umfragen zum Jahreswechsel, daß die große Mehrheit der Deutschen dem jetzt begonnenen Jahr zuversichtlich entgegen sieht. Insbesondere unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Bundesländern erwarten, daß auch für sie persönlich es 1992 weiter aufwärts geht.

Ich selbst und die Bundesregierung, wir wollen alles tun, um diese positiven Erwartungen zu erfüllen.

Fünf Herausforderungen stehen für uns im Mittelpunkt:

- Wir wollen den Aufschwung in den neuen Ländern weiter zügig vorantreiben.
- Wir wollen den Standort Deutschland sichern.
- Wir wollen weiterbauen am vereinten Europa.
- Wir wollen unseren östlichen Nachbarn bei ihren tiefgreifenden Reformen helfen.
- Wir wollen der gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der Welt gerecht werden.

Angesichts dieser großen Herausforderungen müssen wir auch bereit sein, bisherige politische Prioritäten zu überprüfen, auch neu zu bewerten. Wir müssen prüfen, was jetzt absolut notwendig ist, was zurückgestellt werden kann oder was verzichtbar ist.

1. Das Zusammenwachsen Deutschlands — wirtschaftlich, sozial und vor

allem menschlich — steht an der Spitze unserer Prioritäten.

Ich bin zuversichtlich, daß wir 1992 — aufbauend auf dem bereits Erreichten — weiter wirtschaftliche Fortschritte in den neuen Bundesländern schaffen werden. Die Investitionen im Bereich der Wirtschaft, im Bereich der Infrastruktur, die wir mit beachtlichen Fördermaßnahmen unterstützen, gewinnen zunehmend an Schwung.

Das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost ist ein großer Erfolg. Seine zügige Umsetzung ist im vergangenen Jahr bei unserem Gespräch im Bundeskabinett regelmäßig überprüft worden. Entsprechende Erfahrungen werden wir in den kommenden Wochen weiter auswerten.

Pressekonferenz

Schwierig ist und bleibt noch die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung wird mit ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik auch 1992 für eine erhebliche Entlastung sorgen.

Das Wichtigste ist vor allem, daß wir möglichst viele dauerhafte, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in allen Bereichen der Wirtschaft, der Industrie gewinnen.

2. Beim Thema „Standort Deutschland“ geht es um unsere Zukunft als führendes und wettbewerbsfähiges Industrieland.

Wie hart der internationale Wettbewerb geworden ist, zeigt beispielsweise die jüngste Entwicklung auf dem Automobilmarkt in den USA. Die schwache Konjunktur dort hat die amerikanischen und europäischen Automobilhersteller viel stärker getroffen als die japanischen Pro-

duzenten. Deutsche Hersteller melden für 1991 Absatzrückgänge in den USA zwischen 16 und 52 Prozent.

Aus solchen Entwicklungen müssen die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern wollen, und wir wollen dies.

Das heißt für mich: Dieses Jahr 1992 ist kein Jahr für Verteilungskämpfe und Anspruchsdenken, sondern ein Jahr der Vorsorge für Wachstum, für Arbeitsplätze und für Stabilität.

Die Bundesregierung hat sich mit ihrem Haushalt 1992 auf eine strikte Stabilitätspolitik festgelegt. Denn eine stabile D-Mark ist und bleibt die unverzichtbare Basis für unsere wirtschaftliche Zukunft.

In dieser Situation sind die Tarifparteien besonders gefordert. Selbstverständlich respektiere ich die Tarifautonomie. Aber richtig bleibt auch, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber in den neuen wie in den alten Bundesländern eine hohe Verantwortung für Beschäftigung und stabile Preise tragen.

Und ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einmal nachdrücklich daran erinnern, daß selbstverständlich auch die Bundesregierung im Bereich des öffentlichen Dienstes Tarifpartner ist und insofern auch eine ganz besondere Verantwortung trägt. Und gehen Sie bitte davon aus: Ich habe die Absicht, daß wir diese Verantwortung nicht nur sehen, sondern uns auch entsprechend verhalten.

Die Tarifpartner müssen jetzt sorgfältig abwägen, und zwar alle, mit welchen Abschlüssen sie den Menschen in Deutschland am besten dienen. Und ich unterstreiche dabei ganz besonders unsere gemeinsame Verantwortung für die Menschen in den neuen Bundesländern. In dieser besonderen Situation haben für mich Stabilität und Sicherheit

der Arbeitsplätze und Schaffung neuer Arbeitsplätze eindeutig den Vorrang vor allem anderen.

Die Bundesregierung wird — in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Verbänden, mit der Wirtschaft und mit den Sozialpartnern — das Thema „Standort Deutschland“ zu einem zentralen Thema dieses Jahrzehnts machen. Dazu gehört an der Schwelle zum EG-Binnenmarkt in knapp einem Jahr unter anderem die wichtige Aufgabe, bis Ende dieses Jahres über die Reform der Unternehmenssteuern zu entscheiden.

Zukunftsweisende Politik für den Standort Deutschland geht indes weit über die Frage von Steuern und Lohnkosten hinaus. Letztlich geht es für uns darum, ob unsere Gesellschaft offen und auch anpassungsfähig genug ist, um die neuen Herausforderungen und Erfordernisse zu begreifen und ihnen begegnen zu können.

3. Am 1. Januar 1993, in knapp einem Jahr, vollenden wir den europäischen Binnenmarkt für 340 Millionen Menschen und — wenn ich den Wirtschaftsraum mit den EFTA-Ländern hinzurechne — für 380 Millionen Menschen. Schon heute gehen 70 Prozent unserer Exporte in die Länder der EG und EFTA. Künftig wird dies für uns ein Binnenmarkt ohne Grenzen für Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital sein.

Gerade für uns in Deutschland ist deshalb der Binnenmarkt eine enorme Chance für Wachstum und für Beschäftigung. Der Binnenmarkt ist aber auch zugleich ein Schlüsselement der Europäischen Union, für die wir vor einem Monat in Maastricht wichtige, wegweisende Beschlüsse gefaßt haben.

Der Vertrag über die Politische Union und über die Wirtschafts- und Währungsunion soll im Februar unterschrieben und

ratifiziert werden, damit er — zeitgleich mit der Vollendung des Binnenmarktes — in Kraft treten kann.

Wir müssen jetzt unverzüglich damit beginnen, die ehrgeizigen Vorhaben von Maastricht in den verschiedensten Bereichen — auch zum Beispiel in der Innen- und Justizpolitik, der Sicherheitspolitik und der Sozialen Dimension — Stück für Stück in die Tat umzusetzen.

In diesem Europa ohne Binnengrenzen ist eine Harmonisierung in Fragen der Einwanderung — sowohl der Asylpolitik wie des Asylrechts — unverzichtbar.

In Maastricht haben wir deshalb hierzu für die europäischen Innen- und Justizminister ein weitreichendes Arbeitsprogramm beschlossen. Angesichts der hohen Priorität dieser Aufgabe versteht sich von selbst, daß die Bundesregierung alles tun wird, um die Maastrichter Beschlüsse umzusetzen.

4. Wir alle stehen noch unter dem starken Eindruck einer welthistorischen Zäsur: Vor wenigen Wochen wurde über dem Kreml die rote Fahne mit Hammer und Sichel eingeholt und die russische Trikolore gehißt.

Wir begrüßen die neuen Partner der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Wir haben zum Jahreswechsel alle Republiken anerkannt, die sich bereit erklärt haben, die von der Europäischen Gemeinschaft aufgestellten Kriterien zu erfüllen. Wir wollen nunmehr die Beziehungen umfassend ausbauen.

Wir werden alle bestehenden Verträge nach Buchstaben und Geist erfüllen, und wir erwarten das gleiche von den Republiken.

Ich teile dabei die Sorge vieler unserer Mitbürger angesichts der gewaltigen Zahl von Nuklearwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Wir erwarten deshalb von den neuen Partnern vor allem, daß die unterzeichneten Abrüstungsverträge ratifiziert und strikt eingehalten werden.

Darüber hinaus sind weitere Abrüstungsschritte, insbesondere bei den nuklearen Kurzstreckensystemen und bei den konventionellen Truppenstärken, unerlässlich. Ferner muß alles getan werden, um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen — und dazu gehören eben nicht nur die nuklearen, sondern auch, was ich besonders unterstreichen will, die chemischen Waffen — zuverlässig zu verhindern.

Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den neuen Partnern eine neue, gesamteuropäische Friedensordnung aufzubauen, und zwar auf der Grundlage der Charta von Paris für ein neues Europa.

Für die nächste Zukunft wird es entscheidend sein, für die Menschen spürbare Reformfortschritte zu erzielen. Ihnen, den Menschen in diesen Republiken, gilt in den bevorstehenden Monaten unsere Solidarität!

Und ich möchte gerne die Gelegenheit heute hier wahrnehmen, allen Spendern und Helfern im Lande zu danken, die in einer ganz ungewöhnlichen Weise sich in diesen Tagen und Wochen engagiert haben. Dabei ist wichtig, daß wir alles tun, um zu erreichen, daß die Sicherheit garantiert ist, daß die Spenden auch diejenigen erreichen, für die sie bestimmt sind. Deshalb wird mein Vorschlag, im Rahmen einer „task force“ Helfer der Europäischen Gemeinschaft nach Moskau und St. Petersburg zu entsenden, jetzt gemeinsam in diesen Tagen von den EG-Partnern umgesetzt.

Parallel dazu leisten wir den neuen Partnern Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen sie beim Aufbau des Rechtsstaates beraten,

ihnen auf ihrem Weg zur Marktwirtschaft mit Rat und Tat beistehen, ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärken und sie in die Weltwirtschaft einbinden.

Meine Damen und Herren, was die Entwicklung in Jugoslawien angeht, so bin ich überzeugt, daß unsere Entscheidung, Slowenien und Kroatien anzuerkennen, den Weg zu einer friedlichen Lösung erleichtern wird.

Jetzt muß der Friede am Verhandlungstisch voll und ganz wiederhergestellt und den Menschen eine gesicherte Zukunftsperspektive eröffnet werden. Die Bundesregierung wird — gemeinsam mit unseren Partnern in der EG — alles tun, um diesen Prozeß voranzubringen.

5. Die Bundesrepublik Deutschland wird 1992 alles tun, um ihrer gewachsenen Verantwortung in der Welt gerecht zu werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in wichtigen westlichen Partnerländern hat sich zu Beginn der neunziger Jahre vielfach abgeschwächt. Um so mehr begrüße ich, daß wir nach den bisher für 1991 vorliegenden Zahlen unsere Einfuhren nach Deutschland aus vielen Ländern beträchtlich gesteigert und damit natürlicherweise auch deren Wirtschaft unterstützt haben.

So nahmen in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres — das heißt also bis Ende Oktober 1991 — unsere Importe aus EG-Ländern um über 45 Mrd. DM zu. Das ist eine Steigerung von 19 Prozent. Ich nenne nur zwei Länder: Frankreich mit einer Steigerung von 12,5 Mrd. DM — das ist eine Steigerung von 23 Prozent — und Spanien mit einer Steigerung von 3,7 Mrd. DM — das ist eine Steigerung von 36 Prozent.

Für 1992 zeichnet sich ein weiterer Anstieg unserer Einfuhren ab, der natürlicherweise dann auch bei unseren Han-

delspartnern zu Wachstum und Beschäftigung beiträgt.

Das alles hängt natürlich entscheidend mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern zusammen.

Vor dem Hintergrund einer schwierigen Wirtschaftslage in wichtigen Industrieländern ist es dabei von besonderer Bedeutung, die Uruguay-Runde im GATT erfolgreich abzuschließen. Nicht dem Protektionismus, sondern offenen Märkten gehört die Zukunft. Gerade jetzt braucht die Weltwirtschaft gleichermaßen dieses ermutigende Ziel. Das brauchen alle Industrieländer, auch die Deutschen, aber das brauchen vor allem die Entwicklungsländer.

Ich sehe mit einem gewissen Bedauern, daß in der ganzen Diskussion um GATT fast nur die deutschen, europäischen und sozusagen die Industrieländerprobleme gesehen werden. Wenn Sie sich einmal das Szenario vorstellen — ich will es gar nicht tun —, daß GATT scheitern könnte, wissen Sie, was das in der Praxis für die Länder der Dritten Welt bedeutet. Und wenn Sie einmal die Summen, die wir und andere im Etat für die Dritte Welt ausgeben, in einer Relation dazu sehen, wissen Sie, welche Bedeutung gerade für die Entwicklungsländer ein Erfolg von GATT hat, wie wichtig er ist.

Meine Damen und Herren, im Juni dieses Jahres wird in Rio de Janeiro die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung zusammentreten. Ihr Ziel ist es, die Bemühungen um die notwendige Entwicklung in der Dritten Welt und die internationalen Anstrengungen zur Bewahrung der Schöpfung auf einen gemeinsamen — zukunftssträchtigen — Nenner zu bringen. Ich hoffe, daß sich alle Länder in Nord und Süd zu dieser Gesamtverantwortung bekennen.

Ich selbst will an dieser Konferenz teilnehmen und mich mit aller Entschieden-

heit dafür einsetzen, daß eben dort nicht nur Worte gesprochen werden, sondern Taten folgen. Und wir wollen mit unserem Engagement für die Tropenwälder Brasiliens und für den Klimaschutz ein Beispiel geben.

Meine Damen und Herren, mit dem 1. Januar hat die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz im Kreis der G 7 — der Länder des Weltwirtschaftsgipfels — übernommen.

Stärkung des weltweiten Wachstums, Hilfe für die Republiken der ehemaligen Sowjetunion und für die Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas, Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer, zukunftssträchtige Entwicklungspolitik, weltweite Umweltpartnerschaft — sind Schwerpunkte beim Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München.

Meine Damen und Herren, ich denke, dieses Programm ist weit gespannt. Es trägt den Erfordernissen und den Anforderungen, die auf uns zukommen, entsprechend Rechnung.

Die Bundesregierung und ich selbst wollen in diesem Geist an die Arbeit gehen — mit Vernunft und Augenmaß, mit einem realistischen Optimismus und auch mit der Geduld, die notwendig ist.

Personale

Der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat **Johannes Gerster** als Nachfolger von Paul Laufs zum Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Gerster ist zuständig für den Arbeitsbereich I: Recht, Petitionen, Geschäftsordnung, Inneres, Sport, Umwelt, Vertriebene und Flüchtlinge sowie Kommunalpolitik. Paul Laufs ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium.

Egon Klepsch neuer Präsident des Europaparlaments

Der bisherige Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), Egon Klepsch, ist am 14. Januar zum Präsidenten des Europaparlaments gewählt worden. Klepsch erreichte bereits im ersten Wahlgang mit 253 Stimmen die absolute Mehrheit von 464 abgegebenen Stimmen. Er ist Nachfolger des 48jährigen spanischen Sozialisten Enrique Baron Crespo.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat dem neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments mit folgendem Telegramm zu seiner Wahl gratuliert: Zu Ihrer Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments möchte ich Ihnen — zugleich auch im Namen meiner Kollegen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — meine herzlichsten Glückwünsche aussprechen.

Wir sind stolz, daß Sie als ehemaliges, profiliertes Mitglied unserer Fraktion nun als erster deutscher Christdemokrat an der Spitze des direkt gewählten Europäischen Parlaments stehen.

Ihre umfassende Kenntnis der europäischen Politik, Ihre langjährigen Erfahrungen als Vorsitzender der EVP-Fraktion im Wachsen und Werden der Europäischen Gemeinschaft sind nur einige der wichtigen Voraussetzungen, die Sie dazu befähigen, das Gewicht des Europäischen Parlaments in der nicht einfachen Phase unmittelbar nach Maastricht und angesichts der großen Umwälzungen in Europa und in der Welt zur Geltung zu bringen.

Generalsekretär Volker Rühle:

Vorbehaltlos für Menschenrechte und Selbstbestimmung in ganz Europa

Am 15. Januar nimmt Deutschland diplomatische Beziehungen mit Kroatien und Slowenien auf. Die CDU begrüßt diesen längst überfälligen Schritt. Es war richtig, daß Deutschland Rücksicht auf seine Partner genommen hat — aber es war wichtig, daß es sie zum Handeln gedrängt hat. Damit unterstreicht Deutschland seine Entschlossenheit, sich vorbehaltlos für Freiheit und Demokratie, für Menschenrechte und Selbstbestimmung in ganz Europa einzusetzen.

Noch ist der Frieden in dem im Bürgerkrieg zerfallenen Jugoslawien nicht wiederhergestellt, aber die für die Menschen und das Land verheerenden Ereignisse zwingen schon jetzt zu einigen grundlegenden Schlußfolgerungen:

1. Das Europa der Zukunft kann nicht auf einem bloßen Interessen- und Machtgleichgewicht von Staaten und Regierungen aufgebaut werden, sondern muß sich auf die von den Menschen und Völkern mitgetragene Anerkennung freiheitlich-demokratischer Prinzipien gründen. Politische Denk- und Verhaltensmuster, die dies mißachten, haben keine Zukunft.

2. Politische Stabilität wird nicht durch einen erzwungenen Zusammenhalt gewahrt, sondern nur durch freiwillige Kooperation — bis hin zum Zusammenschluß — selbstbestimmter Völker und Staaten.

3. Die Anerkennung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit jener Staaten, die dies anstreben, ist die notwendige

Konsequenz des Rechts auf Selbstbestimmung. Staaten, deren Selbständigkeit anerkannt ist, werden friedlicher sein können als jene, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen und sich gegen Hegemonialansprüche wehren müssen.

4. Die Achtung des Selbstbestimmungsrechts ist unauflöslich verknüpft mit der Respektierung der Rechte von Minderheiten. Militärische Gewalt, Unterdrückung und Verfolgung von Minderheiten oder gewaltsame Grenzänderungen werden vom Selbstbestimmungsrecht in keiner Weise gedeckt.

5. Nationalismus ist das falsche Modell für die Zukunft. Wer in nationalistische Vorstellungen zurückfällt, ist nicht europafähig und versperrt sich die Mitgliedschaft in der europäischen Staatengemeinschaft.

6. Konflikte müssen, wenn sie schon nicht vermeidbar sind, auf friedliche und zivilisierte Weise entsprechend den Regeln der KSZE gelöst werden. Verstöße gegen dieses Gebot darf die europäische Staatengemeinschaft nicht dulden, sondern muß sie mit allen legitimen Mitteln unterbinden. Dazu gehört auch die Bereitschaft, den Frieden mit militärischem Einsatz wiederherzustellen. Einer Beteiligung an solchen Friedensmissionen kann sich Deutschland nicht entziehen.

7. Die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens richtet sich nicht gegen das serbische Volk, mit dem wir — wie mit anderen Völkern auch — freundschaftlich ver-

„Vertrag über Partnerschaft“ mit den USA

Aus Anlaß des 38. Treffens der Delegierten des Europäischen Parlaments und des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 9. bis 12. Januar 1992 in Lissabon erklärten die beiden CDU-Mitglieder der Delegation, die Europa-Abgeordneten Hans-Gert Pöttering und Elmar Brok:

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA sind auch in der Zukunft für beide Seiten von großer Bedeutung. Das nordatlantische Bündnis bleibt notwendig.

Die NATO muß sich in der Zukunft neuen Aufgaben öffnen, nicht militärische Aspekte der Sicherheit stärker berücksichtigen — vor allem gegenüber Osteuropa. Das nordatlantische Bündnis ist darüber hinaus aufgefordert, sich von einer multilateralen Organisation zu einer mehr bilateralen Organisation mit den beiden Säulen Amerika und Europa weiterzuentwickeln.

Die Schaffung der Europäischen Union als Ergebnis des Gipfels von Maastricht zum 1. 1. 1993 und die Einbindung der Westeuropäischen Union

(WEU) in den Prozeß der europäischen Einigung als Verteidigungsarm der Europäischen Union ist hierfür das geeignete Mittel. Europa und Amerika müssen gemeinsam Verantwortung in der Welt wahrnehmen. In einem „Vertrag über Partnerschaft“ zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika sollten deshalb die politischen Beziehungen zwischen Europa und Amerika in umfassender Weise auf eine solide Grundlage gestellt werden.

Langfristige Perspektive

Die EG hat bereits Verträge mit vielen Ländern abgeschlossen, nicht jedoch mit den USA. Dieses ist anachronistisch. Die USA als der wichtigste Partner Europas sollte die erste Nation sein, mit der die entstehende Europäische Union einen Vertrag mit langfristiger Perspektive abschließt. Dieser Vertrag muß eine umfassende Kooperation und die institutionellen Regelungen für einen ständigen Dialog vorsehen. Die deutsche Außenpolitik sollte sich hierfür nachdrücklich einsetzen.

bunden sein wollen. Wir setzen daher auf jene Kräfte, die Nationalismus, Radikalität und Gewalt ablehnen und für Frieden, Demokratie und Menschenrechte eintreten. Wenn sie sich durchsetzen, hat auch das serbische Volk eine europäische Zukunft.

8. Ohne eine gerechte Friedensordnung werden Frieden und Stabilität in Südosteuropa nicht dauerhaft zu sichern sein. Europa darf diese Krisenregion nicht sich

selbst überlassen, sondern muß aktiv — im Rahmen der EG wie der KSZE — zur Befriedung beitragen.

Dabei geht es nicht nur um die Durchführung einer Friedenskonferenz, sondern auch um substantielle wirtschaftliche Hilfe zur Überwindung der Kriegsschäden. Den derzeit suspendierten Kooperationsvertrag mit Jugoslawien sollte die EG rasch durch Assoziierungsverträge mit den neuen Staaten ersetzen. ■

Wolfgang Schäuble:

Die Union muß endlich wissen, woran sie mit Engholm ist

In seinem politischen Lagebericht hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, in der Fraktionssitzung am 14. Januar folgendes ausgeführt:

1. Große Sorge bereitet uns die unklare Situation hinsichtlich des großen militärischen Potentials der GUS, insbesondere hinsichtlich ihrer nuklearen und chemischen Massenvernichtungsmittel. Die noch von der ehemaligen Sowjetunion eingegangenen Abrüstungsverpflichtungen müssen deshalb umgehend umgesetzt werden. Die nuklearen und chemischen Waffen müssen zuverlässig gelagert, vor fremdem Zugriff gesichert und ihre Weiterverbreitung verhindert werden.

Wir fordern die GUS-Staaten auf, ihre Waffenproduktion drastisch zu verringern, um die dadurch frei werdenden Mittel zur Deckung des zivilen Bedarfs der Bevölkerung einzusetzen. Die GUS-Staaten sollten deutlich den Zusammenhang sehen, der für uns zwischen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ihnen und der Einhaltung, Durchführung und Fortsetzung des Abrüstungsprozesses bei ihnen besteht. Es ist für uns nicht akzeptabel, daß von westlicher Seite beträchtliche wirtschaftliche Hilfe zur Linderung der Not in der Bevölkerung geleistet wird, gleichzeitig aber die Waffenproduktion in den GUS-Staaten ungehindert fortgesetzt wird.

Entsprechendes gilt für die Nichtverbreitungspolitik. Die Hilfe, die wir für den friedlichen Übergang zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Markt-

wirtschaft leisten wollen, muß auch dazu führen, daß die gewaltige Menge an nuklearen und chemischen Waffen unter sicherer Kontrolle bleibt.

Wir appellieren deshalb auch an die GUS-Staaten, die finanzielle und technologische Hilfe anzunehmen, die der Westen ihnen zur Verbesserung von Transport-, Lager- und Zugriffssicherheit ihrer Nuklearwaffen sowie für die Zerlegung und Zerstörung der Sprengköpfe und für die Aufbereitung des Nuklearmaterials anbietet.

2. SPD-Parteichef Engholm sollte nicht zulassen, daß seine Autorität als Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands untergraben wird. Noch am 10. Oktober 1991 erklärte er im Parteigespräch zur Vereinbarung über die Beschleunigung der Asylverfahren verbindlich, daß die Umsetzung nicht nur von allen SPD-Ministerpräsidenten, sondern von der gesamten SPD getragen wird. Jetzt behauptet der niedersächsische Ministerpräsident Schröder, die Bundes-SPD habe sich mit den SPD-Ministerpräsidenten in der Frage der Beschleunigung der Asylverfahren nicht abgestimmt. Für den niedersächsischen Bundesratsminister Trittin gar ist die Verständigung zwischen den Bonner Regierungsparteien und der SPD über eine Beschleunigung von Asylverfahren „in keiner Weise bindend“. Die rot-grüne Koalition in Niedersachsen werde nur das akzeptieren, was sich mit ihren Auffassungen decke.

Die Union hat ein Anrecht darauf zu wis-

sen, woran sie jetzt und in Zukunft mit einem Verhandlungspartner Engholm ist. Falls Herr Engholm von seiner Partei noch ein Verhandlungsmandat hat, erwartet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch in dieser Sitzungswoche eine Klarstellung. Hierzu gehört auch ggf. das ehrliche Eingeständnis, daß einige SPD-Ministerpräsidenten ihren Länderbeitrag zur Beschleunigung der Asylverfahren verweigern wollen. Die SPD muß klären, ob die am 10. Oktober verabredete Gemeinsamkeit noch gilt.

Im übrigen bleibt unbeschadet der am 10. Oktober getroffenen Verabredung zu einer Beschleunigung der Asylverfahren eine europäische Lösung in der Asylpolitik unverzichtbar. Die Bundesrepublik Deutschland muß an den Abkommen von Dublin und Schengen ohne Vorbehalt teilnehmen. Ohne eine Ergänzung des Grundgesetzes wird das nicht gehen. Aber wer Ja sagt zu einem Europa ohne Grenzen, muß auch Ja sagen zu einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik.

Sammelsurium

Zur Pressekonferenz des SPD-Vorsitzenden Engholm und des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine am 14. Januar erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Was die Herren Engholm und Lafontaine unter dem Stichwort „Deutschland 2000“ präsentierten, war nicht nur reichlich dünn, sondern nichts weiter als ein höchstens lauwarmer Aufguß des vom gescheiterten Kanzlerkandidaten Lafontaine im vergangenen Jahr bereits präsentierten Programms Fortschritt 90 sowie ein Sammelsurium längst widerlegter SPD-Positionen, die von der Forderung nach mehr Staat bis zu dem Märchen einer angeblichen Umverteilung von unten nach oben reichen. Altbekannte Inhalte in neuer Verpackung reichen allerdings nicht aus, um einen politischen Führungsanspruch der Sozialdemokraten zu begründen.

Polen, Ungarn und CSFR in politische Kooperation mit der EG einbeziehen

Der CDU-Europaabgeordnete Hans-Gert Pöttering hat vorgeschlagen, „Polen, Ungarn und die CSFR in eine enge politische Kooperation sowohl mit der Europäischen Gemeinschaft als auch der Westeuropäischen Union (WEU) einzubeziehen“. Die drei Staaten hätten Anspruch darauf, in ihrem Wunsch nach politischer Stabilität und Sicherheit unterstützt zu werden.

Pöttering regte an, die drei Staaten ohne Stimmrecht an den Beratungen

der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ), „bei allen sie und Gesamteuropa betreffenden Fragen zu beteiligen“. So könne auf politischer Ebene die EG-Assoziierung vorweggenommen werden.

Auch an die Arbeiten der WEU sollten Polen, Ungarn und die CSFR „schrittweise“ herangeführt werden. Pöttering schlägt einen „Konsultations- und Kooperationsrat der WEU“ vor, in dem die betreffenden Länder ihre Überlegungen für die europäische Sicherheit einbringen können.

Rückgang der Aussiedlerzahlen durch neues Aufnahmeverfahren

Im Jahre 1991 wurden in den Aufnahmeeinrichtungen Friedland, Nürnberg, Osnabrück, Bramsche, Hamm, Empfingen, Schöneberg-Holm, Rastatt und Dranse 221 995 Aussiedler (1990: 397 073) aufgenommen.

Diese Aussiedler kamen aus den folgenden Herkunftsgebieten:

Republiken der ehem. Sowjetunion	1991	1990
Republik Polen	147 320	(147 950)
Rumänien	40 129	(133 872)
Sonstige	32 178	(111 150)
	2 368	(4 150)

Hierzu erklärte der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Die Aussiedlerzahlen sind im Jahre 1991 im Vergleich zum Vorjahr erheblich zurückgegangen. Sie haben sich mit 221 995 nahezu halbiert.

Der Rückgang ist u. a. ein Ergebnis des seit 1. Juli 1990 geltenden Aufnahmeverfahrens, nach dem die Aussiedler ihren Aufnahmeantrag aus ihrer heutigen Heimat in den Aussiedlungsgebieten stellen müssen.

Mit dieser Regelung ist es gelungen, den Zuzug von Aussiedlern in einem geordneten, effizienten und bundeseinheitlichen Verfahren zu regeln. Wenn unsere neuen Mitbürger aus den Aussiedlungsgebieten im Bundesgebiet eintreffen, wissen sie, daß sie versorgt, betreut und schnell in das aufnehmende Land weitergeleitet werden.

Der Rückgang der Aussiedlerzahlen ist auch ein Erfolg der Unterstützung der

Bundesregierung für die Deutschen in den Herkunftsländern.

Die politischen Veränderungen im Osten und Südosten haben die Möglichkeit eröffnet, stärker als früher daran mitzuwirken, den dort lebenden Landsleuten dabei zu helfen, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern und Kraft und Mut zu finden, in ihren jetzigen Heimatgebieten eine gute Zukunft für sich und ihre Kinder aufzubauen.

Die Bundesregierung hat die gebotenen Möglichkeiten zur verstärkten Hilfeleistung im Einvernehmen mit den jeweiligen Regierungen genutzt. Mit einem 200-Millionen-DM-Programm war es möglich, in den von Deutschen besiedelten Regionen wichtige Zeichen zu setzen und gute Beispiele zur Selbsthilfe zu unterstützen.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Wiederbegründung der Republik der Deutschen an der Wolga mit ihrem hohen Symbolwert für alle Deutschen in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion als ein geistig kulturelles Zentrum. Die Bundesregierung unterstützt die Bestrebungen der Republik Rußland zur Schaffung der Voraussetzungen für deren Wiederbegründung.

Gleichermaßen bedeutsam ist der Einsatz der Bundesrepublik für die Errichtung deutscher Landkreise (Rayons) in den Hauptsiedlungsgebieten der Rußlanddeutschen.

Wer von ihnen dennoch glaubt, sich zur Aussiedlung nach Deutschland entschließen zu müssen, dem werden wir auch weiterhin unsere Hilfe bei der Aufnahme und Eingliederung nicht verwehren. ■

UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“:

Meilenstein für eine weltweite Umweltpartnerschaft

„Der Zusammenbruch des totalitären Sozialismus in Mittel- und Osteuropa hat endgültig den Blick freigemacht für die großen ökologischen und sozialen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Die möglichen Klimaveränderungen aufgrund der Treibhausgase in der Atmosphäre, die Vernichtung großer Teile der Wälder und die Zerstörung der Ozonschicht sind Gefahren, denen nur im Zusammenwirken aller Staaten begegnet werden kann“, erklärten Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU, Kurt-Dieter Grill, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Bonn.

Deshalb müsse die UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ im Juni 1992 in Brasilien zu einem wichtigen Meilenstein für eine weltweite Umweltpartnerschaft werden.

Im Rahmen einer Anhörung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU zum Thema „Umwelt und globale Verantwortung“ betonten Töpfer und Grill vor allem die Notwendigkeit, auf der UN-Konferenz eine wirksame Klimakonvention mit ersten Protokollen zur Reduzierung von Treibhausgasen, insbesondere CO₂ sowie zum Schutz der Wälder zu verabschieden.

Der Bundesrepublik Deutschland komme in diesem Zusammenhang — so Töpfer und Grill — im nationalen wie internatio-

nen Umweltschutz eine wichtige Vorbildfunktion zu, wenn sie ihrer gewachsenen internationalen Bedeutung gerecht werden wolle. Folgende Maßnahmen und Schritte müßten dabei eine zentrale Rolle spielen:

- Die Kosten von Umweltnutzung und -belastung müßten in Zukunft dem Verursacher in Rechnung gestellt werden. Das

Anhörung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU zum Thema „Umwelt und globale Verantwortung“

Instrument der globalen Ökobilanzen solle hierbei so entwickelt werden, daß die durch den Verbrauch der Umweltgüter entstehenden Kosten ermittelt werden könnten.

- Die Bundesrepublik Deutschland müsse konsequent an ihrem nationalen CO₂-Minderungsprogramm von 25 bis 30 Prozent Einsparung bis zum Jahre 2005 festhalten und zugleich Wege zur rationelleren Energienutzung national, auf EG-Ebene und weltweit umsetzen.

- Technologie und umfassendes Know-how für den Umweltschutz müsse nach Mittel- und Osteuropa sowie in die Dritte Welt transferiert werden.

- Den Staaten der Dritten Welt müsse

Asyl-Gesetz: Wer sagt die Unwahrheit?

Zum Vorwurf von Niedersachsens Ministerpräsident Schröder (SPD), die Bundes-SPD habe sich mit dem SPD-Ministerpräsidenten in der Frage der Beschleunigung der Asylverfahren nicht abgestimmt, erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Johannes Gerster:

Die Parteivorsitzenden von CDU, CSU, SPD und FDP haben sich am 10. Oktober 1991 im Bundeskanzleramt auf eine Beschleunigung der Asylverfahren verständigt. Diese Vereinbarung setzen nunmehr CDU/CSU, SPD und FDP in einen Gesetzesent-

wurf um. Ich selbst war Zeuge, als der SPD-Vorsitzende, Ministerpräsident Engholm, im Bundeskanzleramt verbindlich erklärte, er übernehme die Verantwortung dafür, daß die SPD-Ministerpräsidenten diese Vereinbarung zügig mit umsetzen würden. Wenn SPD-Ministerpräsident Schröder nun behauptet, mit ihm sei in dieser Sache nichts abgestimmt, stellt sich folgende Frage:

Sagte der SPD-Vorsitzende Engholm am 10. Oktober 1991 die Unwahrheit, als er ausdrücklich klarstellte, er spreche auch für die SPD-Ministerpräsidenten, oder sagt jetzt Ministerpräsident Schröder (SPD) die Unwahrheit?

der Zugang zu Kapital und Märkten erleichtert werden. Hierbei sollte die Möglichkeit der Eigenkapitalbildung in diesen Ländern im Vordergrund stehen. So könnten z. B. eine Reihe von Staaten durch die Kombination von Schuldenerlaß und Entwicklungshilfe wieder handlungsfähig gemacht werden.

● National wie international müsse das Ökosystem Wald erhalten und hiermit sowohl den Aspekten des Klimaschutzes als auch den Zielen der Erhaltung der Artenvielfalt Rechnung getragen werden. Gerade der Artenschutz bedürfe bei uns besonderer Beachtung, wenn wir zugleich die Staaten der Dritten Welt zur Sicherung der Artenvielfalt motivieren wollten.

● Erforderlich sei eine intensive Information unserer Bevölkerung über die Notwendigkeit, die Hintergründe und unsere Verpflichtung zum globalen Umweltschutz.

Nach Auffassung von Töpfer und Grill muß noch viel Arbeit geleistet werden, um die Konferenz tatsächlich zu einem

Erfolg für die künftige Umweltpolitik der Vereinten Nationen werden zu lassen. Der bisherige Stand der Verhandlungen zeige auch noch nicht die erforderliche Wende, die notwendig sei, um die globalen Umweltprobleme auf Dauer bewältigen zu können. Die Bundesrepublik Deutschland werde ihrer internationalen Vorreiterrolle nachkommen, erklärte der Bundesumweltminister. Insbesondere der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl habe sich durch sein persönliches Engagement für einen Erfolg der UN-Konferenz eingesetzt. Erforderlich sei aber auch ein Engagement aller anderen Industriestaaten. Die Industriestaaten seien als erste aufgefordert, Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen und gleichzeitig den Entwicklungsländern finanzielle und technische Unterstützung bei der Bewältigung der globalen Umweltprobleme zu geben. Nur wenn dieser Interessenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gelänge, könne sich auf Dauer eine globale Umweltpartnerschaft entwickeln. ■

EG-Währungsunion:

Stabilität ist Trumpf!

Wenn die strengen Prinzipien, auf die sich die Staats- und Regierungschefs beim Maastrichter Gipfel für die Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion verständigt haben, konsequent durchgesetzt werden, wird es Ende der 90er Jahre eine Europa-Währung geben, die mindestens so stabil sein wird wie die DM. Kein Bundesbürger muß sich um den Wert seines Geldes Sorgen machen oder gar Verluste bei seinen DM-Guthaben befürchten.

Vielmehr kann er davon ausgehen, daß die nationale Währung durch eine stabile Europäische Währung ersetzt wird. Die DM wird keinesfalls auf dem EG-Altar geopfert, sondern mit einer gemeinsamen Stabilitätspolitik der härteste Kern der Europa-Währung bleiben. Die Deutsche Bundesbank, bislang strenge Hüterin unserer Währung, hat die Ergebnisse des Maastrichter Gipfel ausdrücklich begrüßt: Alle Forderungen der Deutschen Notenbank für die Schaffung einer Europäischen Währungsunion sind voll erfüllt worden. Der Stabilität des Geldwertes wird in der Wirtschafts- und Währungsunion Europas höchste Priorität eingeräumt. Die künftige Europäische Zentralbank wird völlig unabhängig von politischen Weisungen eine Geldpolitik betreiben können, die der Geldwertstabilität dient.

Länder, die der Währungsunion beitreten wollen, müssen strenge Vorgaben erfüllen: Dazu zählen eine hohe Preisstabi-

tät, eine große Disziplin in den öffentlichen Haushalten und eine weitgehende Annäherung der langfristigen Zinsen; außerdem müssen ihre Währungen eine stabile Position im Europäischen Wechselkurssystem während der letzten zwei Jahre vor Eintritt in die Währungsunion einnehmen.

Staaten, die diese Zielvorgaben nicht erreichen, werden in die Europäische Währungsunion nicht aufgenommen. Von besonderer Bedeutung für das Funktionieren der Währungsunion und für die langfristige Sicherung der Geldwertstabilität der neuen Euro-Währung sind klare und verbindliche Vorschriften für die Wirtschafts- und Finanzpolitik jener Länder, die Mitglieder der Währungsunion werden. Wer die Stabilitätsreife zum Bei-

Von Friedhelm Ost, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

trittstermin erreicht, muß auch in der Zeit danach seine wirtschafts- und finanzpolitischen Pflichten zugunsten der Stabilitätsgemeinschaft voll gerecht oder durch einen klaren Sanktionsmechanismus dazu gezwungen werden.

Kompromisse aus politischen Gründen darf es auf keinen Fall geben, da solcher Opportunismus zu Lasten der Stabilität der Euro-Währunginge. Nur wenn

diese Bedingungen für das strikte Einhalten einer stabilitätsorientierten Politik garantiert sind, werden deutsche Sparer, Eigentümer von Geldvermögen usw. ihr volles Vertrauen in die zukünftige Euro-Währung setzen und sie als noch besseres Geld im Vergleich zur DM akzeptieren.

Die Herstellung einer Europäischen Hartwährungszone wird große Vorteile für die Volkswirtschaften der Teilnehmerstaaten und ihrer Bürger mit sich bringen. Viele Milliarden an Transaktionskosten für den Währungsumtausch im Geschäfts- und Reiseverkehr können eingespart werden. Rund zwei Drittel unseres Außenhandels wickeln wir mit EG-Partnern ab, fast drei Viertel des Zahlungsverkehrs Deutschlands erfolgt im Euro-Raum, etwa vier Fünftel der Aus-

Personale

Walter Bajohr, bisher Ressortleiter Innenpolitik des „Rheinischen Merkur“, wird neuer Pressesprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er löst **Michael Maiworm** ab, der die Leitung der Dokumentationsstelle der Fraktion übernimmt.

Finanz- und Geldpolitik sowie die Tarifpolitik ihren Beitrag leisten, um die Geldentwertung der DM nachhaltig zu verringern.

Andere europäische Staaten weisen derzeit eine geringere Inflation auf als Deutschland. Angesichts der großen

DM wird nicht auf dem EG-Altar geopfert

landsreisen deutscher Touristen werden in Europa gemacht.

Die Wettbewerbsfähigkeit einer europäischen Stabilitätsgemeinschaft wird sich international verbessern; dies kommt allen Bürgern — Arbeitnehmern, Konsumenten, Touristen usw. — zugute. Schließlich wird eine harte Euro-Währung eine große Attraktivität auf internationale Anleger ausüben und den für die großen wirtschaftlichen Aufgaben notwendigen Kapitalzufluß nach Europa verstärken.

Für Deutschland gilt es, die großen Herausforderungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen. Mit einer Inflationsrate von derzeit über vier Prozent würden wir dem Kriterium einer strikten Preisstabilität kaum gerecht. Deshalb müssen die Wirtschafts-

inflationären Gefahren für Wachstum und Beschäftigung hat die Deutsche Bundesbank die geldpolitischen Bremsen kräftig angezogen. Wenn die deutsche Inflationsrate über eine längere Zeit zwischen vier und fünf Prozent läge, würde die DM bis Mitte der 90er Jahre keinen Beitrag zu einer europäischen Stabilitätsgemeinschaft leisten. Auch in den öffentlichen Haushalten wird ein hohes Maß an Disziplin gefordert: Die jährliche Nettokreditaufnahme des Staates soll drei Prozent des Bruttosozialproduktes nicht überschreiten, die öffentlichen Schulden sollen insgesamt nicht mehr als 60 Prozent des Bruttosozialproduktes betragen.

Um diese ehrgeizigen Ziele, die sich die europäische Stabilitätsgemeinschaft verbindlich gesetzt hat, zu erreichen, sind große Anstrengungen bei uns in Deutsch-

Bundshaushalt 1993:

Der Konsolidierungskurs wird fortgesetzt

Die Vorbereitungen für die Haushaltsaufstellung 1993 beginnen. Die Ressorts wurden vom Bundesministerium der Finanzen mit dem Schreiben vom 3. Januar 1992 aufgefordert, bei ihren Anmeldungen für den Haushalt 1993 äußerst restriktiv zu verfahren. Dazu erklärte der Bundesminister der Finanzen Theo Waigel:

Die finanzpolitische Flankierung der deutschen Wiedervereinigung ist bisher erfolgreich gelöst worden. Für die Zukunft ist die Konsolidierungslinie vorgezeichnet: Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts soll bis Ende 1995 auf 2,5 Prozent des Bruttosozialprodukts zurückgehen.

Für den Bundshaushalt bedeutet dies, den Anstieg des Haushaltsvolumens mittelfristig auf deutlich unter 3 Prozent zu begrenzen, damit die Net-

tokreditaufnahme schrittweise im Finanzplanungszeitraum auf eine Größenordnung von unter 25 Milliarden Mark zurückgeführt werden kann. Dafür müssen alle Möglichkeiten einer sparsamen Haushaltswirtschaft genutzt werden. Diese restriktive Linie setzt zugleich ein wichtiges vertrauensbildendes Signal für die Finanzmärkte.

Ausgaben einschränken

Die Bundesrepublik Deutschland zählt damit auch international zur Spitzengruppe der stabilitätsorientierten Staaten. Dies ist wichtig als Voraussetzung für den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Währungsunion. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen über den Bund hinaus alle staatlichen Ebenen ihre Ausgaben deutlich einschränken.

land ebenso wie in anderen europäischen Ländern erforderlich. 1996 wird entschieden, welche Staaten die Stabilitätsreife erreicht haben und somit den Weg einer gemeinsamen Euro-Währung beschreiten können. Der Übergang in eine Europäische Währungsunion mit einer einheitlichen Währung wird sich nicht automatisch vollziehen, sondern er wird politisch entschieden.

Neben der gemeinsamen Euro-Währung werden in der Anfangsphase der Währungsunion noch die nationalen Währungen für eine gewisse Zeit gelten. Allerdings sollte diese Phase mit Parallelwährungen nicht zu lange dauern und mög-

lichst bald durch die Einführung der Euro-Währung als Alleinwährung abgeschlossen werden.

Für die Bundesbürger, die verständlicherweise die Qualität und Stabilität ihrer DM zum wichtigsten Kriterium für die Beurteilung einer neuen Euro-Währung machen, sind die harten Regeln für die Währungsunion die Garantie dafür, daß sie für ihr gutes Geld, nämlich die DM, noch besseres, nämlich die Euro-Währung, erhalten. Die Umstellung von der DM auf die Euro-Währung wird zu keinen Verlusten oder sonstigen Einschränkungen für den DM-Inhaber führen. ■

Regierungs- und Vereinigungskriminalität

Feinde des Rechtsstaates dürfen nicht seine Beschützer werden

1. Die Stasi (Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR) war Stütze und gnadenloser Vollstrecker der SED-Diktatur. Sie hat Millionen Menschen bespitzelt, denunziert, erpreßt, ihre Familien und ihre wirtschaftliche Existenz zerstört, sie physisch und psychisch mißhandelt und ihrer Freiheit beraubt. Auch Mord an politisch Andersdenkenden war an der Tagesordnung.

Die verantwortlichen und willfährigen Vollstrecker des Stasi-Terrors dürfen im öffentlichen Dienst nicht beschäftigt werden. Die gestern noch Feinde des Rechtsstaates waren, dürfen und können heute nicht seine Beschützer sein. Sie garantieren kein loyales Verhalten gegenüber ihren Dienstherrn und Arbeitgebern und gefährden das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung. Ihre Erpreßbarkeit verzögert oder verhindert den Aufbau einer rechtsstaatlichen Verwaltung. Deshalb müssen wir vermeiden, daß sie jemals wieder den Ton angeben. Wir müssen den Menschen in den neuen Bundesländern die fortwirkende Angst nehmen, daß immer noch oder künftig wieder ehemalige Stasi-Angehörige Macht über sie haben können. Alles andere wäre auch ein Schlag ins Gesicht derer, die durch ihre friedliche Revolution in der ehemaligen DDR die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ermöglicht haben.

Das gleiche gilt für die Befehlsgeber und Drahtzieher in der SED und ihrem Partei- und Staatsapparat.

Den Mitläufern und Nachbetern, die nachweisbar niemandem geschadet

haben, sowie den von der Stasi unschuldig in ihre Machenschaften Verstrickten darf der Staat die Chance zur Mitarbeit in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auf Dauer nicht versagen.

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU fordert alle Verantwortlichen in der Verwaltung von Bund, Ländern und Gemeinden auf, ehemalige Angehörige der Stasi aus verantwortlichen Stellen zu entfernen und zu verhindern, daß sie in diese wieder eindringen. Der Bundesfachausschuß appelliert an die Wirtschaft

Entschließung des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU vom 11. Dezember 1991 zur Kündigung, Einstellung oder Weiterbeschäftigung von ehemaligen Angehörigen der Stasi und zur sog. Regierungs- und Vereinigungskriminalität

und alle gesellschaftlich relevanten Organisationen, für Führungspositionen jedweder Art entsprechend zu verfahren.

Im einzelnen ist für den öffentlichen Dienst nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages sowie des Beamten- und Tarifrechts zu verfahren. Danach ist einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes außerordentlich zu kündigen, wenn er für die Stasi tätig war und deshalb ein Festhalten am Arbeitsverhältnis

unzumutbar ist; unerheblich ist, ob es sich um eine haupt- oder nebenamtliche Tätigkeit gehandelt hat.

Eine ordentliche Kündigung ist wegen fehlender persönlicher Eignung möglich, wenn z. B. ein Beschäftigter in der öffentlichen Verwaltung der früheren DDR das Unrechtssystem in einer Weise repräsentiert hat, daß er entweder nicht die Gewähr der geforderten Verfassungstreue bietet oder sonst für die Wahrnehmung öffentlicher Ämter ungeeignet ist. Solche Repräsentanten sind insbesondere:

- hauptamtliche Mitarbeiter und herausgehobene Funktionsträger der ehemaligen SED
- herausgehobene Funktionäre von anderen Parteien, Massenorganisationen und gesellschaftlichen Organisationen
- Inhaber herausgehobener Funktionen in der öffentlichen Verwaltung.

Sowohl bei Kündigungen als auch Einstellungssuchen ist eine Einzelfallprüfung erforderlich. Zu entscheiden ist anhand konkreter Umstände. Bei Repräsentanten der ehemaligen DDR ist insbesondere nach der Funktionsebene zu unterscheiden und die beherrschende Rolle der SED als Staatspartei zu berücksichtigen.

Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist zu prüfen, ob statt einer Kündigung eine Weiterbeschäftigung in einer niedrigeren Funktion in Frage kommen kann.

2. Die Verfolgung der sog. Regierungs- und Vereinigungskriminalität ist eine wichtige Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung. Die von der ehemaligen DDR-Regierung selbst, in ihrem Auftrag oder mit ihrem Wissen oder ihrer Billigung begangenen Verbrechen z. B. die Morde an der Mauer, die Transfer-Rubel-Betrügereien, Untreue und Unterschlagung, Kapital- und Grundstücksschiebereien müssen ebenso wie die Stasi-Tätigkeit und die Vorwürfe gegen Ärzte z. B. der Berliner Charité und gegen die Nachrichtendienste lückenlos aufgeklärt und die Täter vor Gericht gestellt werden.

Der Bundesfachausschuß fordert die Bundesländer auf, durch Absprachen, ggf. in einem Staatsvertrag unverzüglich sicherzustellen, daß dem Land Berlin in den Bereichen von Justiz und Polizei die Unterstützung gewährt wird, die das Land Berlin zur Bewältigung seiner Aufgaben benötigt. Die Bundesregierung muß sich bei einer solchen Hilfsaktion im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter solidarisch beteiligen. ■

Von allen guten Geistern verlassen

Mit Nachdruck hat der Thüringer Justizminister Hans-Joachim Jentsch (CDU) den Vorschlag des SPD-Bundestagsabgeordneten Andreas von Bülow zurückgewiesen, mit dem dieser eine Amnestie Erich Honeckers verlangt.

„Sind denn die westlichen SPD-Bundestagsabgeordneten von allen guten Geistern verlassen?“, fragt Jentsch.

„Erst wendet sich der SPD-Abgeordnete Schily gegen eine Verurteilung von Wahlfälschern. Nun soll der Hauptverantwortliche des unmenschlichen SED-Regimes, statt zur Verantwortung gezogen, aufs ruhige Altenteil gesetzt werden.“

„Wenn diese Auffassung um sich greift und gar noch mehrheitsfähig wird, dann kann ich meine Arbeit am Aufbau des Rechtsstaats einstellen.“

In der Wahrheit leben mit seiner Vergangenheit

Vergangenheitsbewältigung — oder besser: Aufarbeitung der Vergangenheit — ist ein Thema, das die Gesellschaft der ehemaligen DDR beschäftigt. Es beschäftigt alle Menschen, und es ist auch eine Aufgabe jedes einzelnen in dieser Gesellschaft. Dennoch sollte sich die CDU in ihrer Rolle und in ihrer Verantwortung dieser Aufgabe in der gegenwärtigen Situation besonders verpflichtet fühlen. Wir sollten uns dieser Aufgabe stellen, denn das erwarten die Wähler von der CDU.

Wir sind uns weitgehend einig: Es kann keine Pauschalverurteilungen geben. Es muß immer nach individueller Schuld bzw. individueller Verantwortung gefragt werden. Meßblatten, die nach dem Rasenmäherprinzip funktionieren, sollte es nicht geben. Damit werden nur Abschlußlisten und Erfolgsquotenmeldungen in der Presse provoziert.

Was aber ist das eigentliche Maß? Wir in der Reformkommission in Thüringen haben versucht, uns eine Art Fragenkatalog zu stellen, eine Art Gewissenserforschung zu betreiben, und wir sind der Meinung, über diesen Fragenkatalog sollte in den Ortsgruppen- und den Kreisvorständen diskutiert werden. Dieser Fragenkatalog muß noch vervollständigt werden. Jedes CDU-Mitglied sollte sich folgende Fragen stellen:

1. Wie war meine öffentliche Reaktion auf den offensichtlichen Wahlbetrug im Mai 1989? Habe ich mich hinter die Wahlergebnisse der Einheitsliste der Nationalen Front gestellt und sie als

demokratisches Wahlergebnis verteidigt? Wie habe ich mich gegenüber öffentlichen Anklägern gegen das Wahlergebnis verhalten?

2. Wie habe ich mich verhalten, als die Zeitschrift „Sputnik“ verboten wurde? Habe ich die Maßnahme verteidigt, weil dort angeblich Lügen über Stalin verbreitet worden sind oder weil dort Dinge stehen, die seinen historischen Großtaten nicht entsprechen?

3. Wie reagierte ich auf Studentenproteste in China? Habe ich deren Niederschlagung artig im SED-Jargon vertei-

Von Klaus Zeh, Finanzminister des Landes Thüringen und Vorsitzender der Reformkommission der CDU Thüringen, die sich mit Organisation, Programm und Vergangenheitsbewältigung befaßt

digt, z.B. damit, man wisse ja ohnehin nicht, was dort eigentlich geschehen sei, und es seien ja ganz offensichtlich einige Kriminelle dabei gewesen?

4. Wie habe ich mich als CDU-Mitglied verhalten, als der Weimarer Brief an die Öffentlichkeit kam? Habe ich Unionsfreunde auf Linie gebracht und versucht, sie auf die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse einzuschwören?

5. Wie habe ich auf die Äußerungen von Oppositionsgruppen 1989 reagiert? Habe ich sie als imperialistische Infiltration und die Beteiligten als vom Klassenfeind aufgezetteten Asoziale und Rowdies bezeichnet? Und habe ich vielleicht in CDU-Orts- und Kreissitzungen das Hohelied vom Sozialismus weiter gesungen?

6. Habe ich die Flüchtlingsbewegung über die ungarische Grenze 1989 noch als von BRD-Massenmedien inszenierte Schlammschlacht und von Provokateuren und Kollaborateuren in Gang gehaltenen Anschlag auf das sozialistische Wirtschaftsgebiet bezeichnet? Habe ich vielleicht die Botschaftsbesetzer als Verräter bezeichnet, und habe ich noch dazu aufgerufen, nun gerade meinen Beitrag für Frieden und Sozialismus an der Werkbank zu leisten?

7. Wie habe ich die ersten Herbstdemonstrationen 1989 kommentiert? Habe ich auch noch von Randalen gegen die Ordnungskräfte gesprochen? Wann war ich denn selbst das erste Mal dabei? War ich überhaupt einmal dabei?

8. Wann habe ich gemerkt, daß der Hase nun andersherum läuft und daß die Wende unumkehrbar ist? Als Honecker am 18. Oktober gehen mußte, als Krenz davongejagt wurde oder als der Parteitag der CDU am 16. Dezember 1989 in Berlin stattfand? Wann habe ich denn die Bilder von Honecker und Gerald Götting gegen die von Adenauer und Ludwig Erhard ausgetauscht?

9. Wer hat die Alleinvertretungsanbahnung der Bonner Ultras als aggressive und revanchistische Doktrin des westdeutschen Imperialismus bezeichnet oder als Ausdruck revanchistischer Gebietsansprüche in Osteuropa?

10. Habe ich Kollegen unter Druck gesetzt, weil sie nicht Mitglied in der DSF (Deutsch-Sowjetische Freundschaft) werden wollten oder nicht an 1.-Mai-Demonstrationen teilnehmen wollten, nur um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ und 60 Mark zusätzliche Jahresendprämie nicht zu verlieren, und habe ich mich so zum Sprachrohr und Werkzeug der SED machen lassen?

Das sind nur die ganz offensichtlichen Fehlleistungen mancher Damen und Herren der vergangenen Jahre. Jede einzelne solcher Fehlleistungen rechtfertigt ein kritisches Hinterfragen. Es gibt auch noch andere, subtilere Formen der Unterwerfung unter die SED-Herrschaft, die man benennen müßte.

Diejenigen, die solche Äußerungen gemacht haben und die in dieser Hinsicht versagt haben, haben ihr moralisches Mandat verloren, auch wenn sie ihr politisches Mandat noch besitzen.

So wie keine Pauschalverurteilung gemacht werden darf, ist eine pauschale Gleichmacherei nach dem Motto „Wir waren doch Opfer und Täter zugleich“ ungerecht. Damit tun wir sehr vielen Menschen in diesem Land weh.

Es gibt außerdem nicht nur Opfer und nicht nur Täter in diesem Land. Ich möchte an die erinnern, die Verlierer sind. Wie viele Verwundungen tragen diese Menschen noch in sich! Die Wähler der CDU erwarten von uns, daß wir diese Wunden heilen, daß Unrecht wiedergutmacht wird und daß wir keine Verlierer der Einheit haben.

Aufarbeitung der Vergangenheit muß heißen: in der Wahrheit leben mit der Vergangenheit, und dann die Weichen für die Zukunft stellen. In der Zukunft liegt der Schwerpunkt. Aber dazu gehört auch ein Stück Leben aus der Vergangenheit. Am Ende müssen Frieden und Aussöhnung stehen! ■

Landesparteitag in Wolmirstedt

Parteitag des Neuanfangs, des Aufbruchs und der Zuversicht

„Gemeinsam bringen wir Sachsen-Anhalt nach vorn“ — unter diesem Motto stand der 3. Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt am 30. November 1991 in Wolmirstedt.

Gemeinsamkeit und personelle und inhaltliche Kompetenz der CDU als führende politische Kraft in Sachsen-Anhalt waren dann auch die Merkmale dieses Parteitages des Neuanfangs, des Aufbruchs und der Zuversicht. Die Neuwahl eines verkleinerten Landesvorstandes mit Ministerpräsident Werner Münch als neuem Landesvorsitzenden, mit den Landtagsabgeordneten Christoph Bergner und Bernhard Ritter, sowie der Staatssekretärin für Frauen- und Gleichstellungsfragen Carmen Stange als Stellvertretern machten den Willen und die Fähigkeit zur Geschlossenheit und zu einer aktiven, lebendigen und zielgerichteten Politik für den Aufbau des Landes Sachsen-Anhalt deutlich.

Im neuen insgesamt 20köpfigen Landesvorstand sind sowohl die verschiedenen Regionen Sachsen-Anhalts vertreten, als auch die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und die verschiedenen Träger politischer Verantwortung im Land. So sind z.B. 25 Prozent der Landesvorstandsmitglieder Frauen.

Nach einer im Vorfeld des Parteitages geführten umfanglichen innerparteilichen Diskussion über die neue Satzung verabschiedeten die 279 Delegierten diese Satzung zu Beginn des Parteitages einstimmig. Sie bildet die Grundlage für die Arbeit und Struktur einer modernen, leistungsfähigen Volkspartei.

Ursprünglich war ein Satzungsparteitag geplant, nach dem Rücktritt des bisherigen Landesvorsitzenden Gerd Gies vom Amt des Ministerpräsidenten im Sommer dieses Jahres wurden aber die Neuwahlen des Landesvorstandes vorverlegt. Die CDU Sachsen-Anhalt hat mit diesem Parteitag bewiesen, daß sie ihrer Verantwortung als Regierungspartei in Sachsen-Anhalt gerecht wird. Dies wurde auch durch die zentrale Rede des Parteitages, den Bericht des Ministerpräsidenten über ein Jahr Regierungsverantwortung unterstrichen.

Weichen neu gestellt

Die Erfolge dieses ersten Jahres sind deutlich sichtbar; in vielen Bereichen ist Sachsen-Anhalt in der Aufbauarbeit führend. Mit 11 Eckpunkten wurde auf dem Parteitag ein Jahr CDU-Regierungsverantwortung dokumentiert.

Der Rücktritt des bisherigen CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Sachsen-Anhalt, Joachim Auer, auf dem Parteitag und die einige Tage später erfolgte Wahl des neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden, Christoph Bergner, zum Fraktionsvorsitzenden haben in der Zwischenzeit zu einer erheblichen Entkrampfung des in den letzten Monaten gespannten Verhältnisses zwischen einigen Teilen der Landtagsfraktion, der Landesregierung und Landespartei geführt und die Weichen für eine neue vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Regierung, Fraktion und Partei gestellt.

Das kommende Jahr wird für die CDU

Kommunale Investitionen in den neuen Ländern auf Hochtouren

Aus dem Kommunal-Kreditprogramm des Bundes wurden bis Ende 1991 zu besonders günstigen Bedingungen Kredite in Höhe von 11,465 Milliarden Mark an Städte, Gemeinden und Kreise in den neuen Ländern zugesagt.

Dazu Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Dieses Programm der Bundesregierung ist 1991 ein Renner geworden. Für weitere 2,3 Milliarden Mark liegen Anträge der ostdeutschen Kommunen zur Förderung ihrer Investitionen vor. Insgesamt umfaßt das Programm 15 Milliarden Mark, für 1,3 Milliarden Mark können noch Anträge gestellt werden. Erfreulich sind die Schwerpunkte der geförderten Maßnahmen:

- 4,3 Milliarden Mark für Umweltschutz
- 3,8 Milliarden Mark für Erschließung von Gewerbeflächen, Energieeinsparung und Abfallwirtschaft
- 3,3 Milliarden Mark für Stadt- und Dorferneuerung und soziale Einrichtungen.

Insgesamt wurden 5492 Anträge der ostdeutschen Kommunen positiv entschieden.

Die kommunalen Investitionen des Gemeinschaftswerkes „Aufschwung Ost“ und die 15 Milliarden Mark des Kommunal-Kreditprogramms der Bundesregierung sichern Hunderttausende von Arbeitsplätzen in den neuen Ländern.

Sachsen-Anhalt ein Jahr programmatischer Arbeit sein. Die Weiterentwicklung der Inhalte der Unionspolitik für Sachsen-Anhalt ist Auftrag an alle Gliederungen der Partei. Im Hinblick auf einen geplanten Parteitag im kommenden Jahr wurden den Delegierten in Wolmirstedt von den Landesfachausschüssen der CDU Sachsen-Anhalt erarbeitete Diskussionspapiere vorgelegt, die die Grundlage für eine breit angelegte innerparteiliche Diskussion bilden sollen. Der 3. Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt hat damit auch deutlich gemacht: Die Union in Sachsen-Anhalt hat personell, strukturell und inhaltlich den erfolgreichen Weg in die nächsten Jahre als führende politische Kraft in Sachsen-Anhalt eingeschlagen. ■

Hamburger CDU-Reform

Die Reform der Hamburger CDU, die nach dem unbefriedigenden Wahlergebnis vom 2. Juni 1991 eingeleitet wurde, ist ein großes Stück vorangekommen.

Auf einer Landesausschußsitzung am 6. Januar haben die Delegierten ein 203 Punkte umfassendes Reformpaket verabschiedet. Die Vorschläge der Reformkommission unter der Leitung des Bundestagsabgeordneten Dirk Fischer fanden breite Zustimmung. Am 15. Februar 1992 wird ein Landesparteitag noch über Satzungsfragen entscheiden, insbesondere über Veränderungen bei der Kandidatenaufstellung. ■

Landesparteitag in Kyritz

Sich der Vergangenheit stellen

Mit großer Mehrheit ist auf dem Landesparteitag der Brandenburger CDU am 23. November 1991 in Kyritz Ulf Fink zum neuen Landesvorsitzenden gewählt worden.

Von den 195 Delegierten erhielt er 121 Stimmen, seine Mitstreiterin, Bundesjugendministerin Angela Merkel, konnte 67 Stimmen auf sich vereinigen. Für den dritten Kandidaten, Werner Ablaß, Leiter der Außenstelle des Bundesverteidigungsministeriums in Strausberg bei Berlin, votierten sieben Delegierte.

Bereits im Vorfeld des Parteitags hatte es — nach dem Rücktritt Lothar de Maizières — große Spekulationen über mögliche Kandidaten für den Landesvorsitz gegeben. Daß es zu einem so eindeutigen Wahlergebnis gekommen ist, zeugt von einer relativen Geschlossenheit der CDU Brandenburgs.

Von den acht Kandidaten, die für den stellvertretenden Landesvorsitz zur Verfügung standen, wurden laut Satzungsbeschluß drei Stellvertreter gewählt. Peter

Wagner, bis zu diesem Zeitpunkt amtierender Landesvorsitzender, erhielt 109 Stimmen. Je 103 Stimmen konnten die Luckauer Lehrerin Carola Hartfelder und die parlamentarische Geschäftsführerin der CDU im Potsdamer Landtag, Beate Blechinger, auf sich vereinigen.

Ulf Fink, der für das neue Amt sein Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus niederlegt, stellte in Kyritz auch seinen Generalsekretär, Thomas Klein, vor, der von 132 Delegierten die Zustimmung für seine Tätigkeit erhielt.

Schatzmeister ist der Berliner Unternehmer Klaus Krone, der es nach eigenen Angaben als Unternehmerspflicht ansieht, sich gesellschaftlich zu engagieren. Bis zum Anfang des nächsten Jahres wird er dem Landesverband einen neuen Finanzplan vorlegen.

In seiner Rede versprach Fink, die Partei organisatorisch und innerlich zu festigen. Er forderte jeden einzelnen in der Brandenburger CDU dazu auf, sich seiner Vergangenheit zu stellen. ■

Organisationshandbuch der CDU

Im Herbst letzten Jahres haben wir das Organisationshandbuch der CDU mit Informationen über die neuen Bundesländer neu herausgebracht.

Durch eine regelmäßige Aktualisierung möchten wir das Organisationshandbuch stets auf dem laufenden halten. Dazu benötigen wir jedoch die Unterstützung der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände sowie der Vereini-

gungen und Sondervereinigungen!

In diesem Jahr sind drei Nachlieferungen geplant. Die Redaktionstermine sind für den 31. Januar 1992, 1. Juni 1992 und 30. Oktober 1992 vorgesehen.

Die betreffenden Gliederungen der Partei werden gebeten, der CDU-Bundesgeschäftsstelle spätestens bis zu diesen Terminen Änderungen mitzuteilen.

Jetzt auch JU-Schirm im neuen Outfit!

Neue Aufkleber,
neue Plakate, neue
Werbemittel... Jetzt
gibt es auch den
JU-Sonnenschirm
mit dem neuen Logo
der Jungen Union
Deutschlands zum
Preis von 98,— DM.



Informieren Sie sich
über das aktuelle
Angebot der Jungen
Union:

**Junge Union
Bundesgeschäfts-
stelle**
Annaberger Str. 283
5300 Bonn 2
Fax: (0228) 38 45 20

Sympathie-Werbemittel in unserem IS-Versand-Zentrum,
Postfach 13 28, 4804 Versmold:

Neu: Urkunde

für besondere Verdienste

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis: 20,— DM

Bestell-Nr. 0449

*Mit Mappe
(DIN A3)*

Neu: Anstecknadel

für besondere Verdienste

Verpackungseinheit: 1 Stück

Preis: 14,— DM

Bestell-Nr.: 0432

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Der neue umweltfreundliche CDU-Stand



Mit einem neuen Canvassing-Tisch, dessen Platten aus mehr als 1 600 gebrauchten Getränketüten hergestellt werden, bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein weiteres besonders umweltfreundliches Produkt an. — Die Maße: 1,20 x 0,70 m (Tischfläche), Höhe: 80 cm. Der Preis ist derselbe wie für den bisher üblichen Tisch: 182,— DM zuzügl. Mehrwertsteuer. Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 VersmoId. (Bestell-Nr.: 0451).

UiD

1/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~WV~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.